

Soziale Spannungen
und politischer
Druck
Grund für massiven
Protest.

OST-TIBET: VERHAFTUNGEN NACH ÖFFENTLICHEM PROTEST

Am 1. August ist ein tibetischer Nomade verhaftet worden, nachdem er zu Hunderten von Menschen, die sich bei einem traditionellen Pferderennen in Lithang, Osttibet, versammelt hatten, über den Dalai Lama gesprochen und seine Sorge über die sozialen Entwicklungen in Tibet zum Ausdruck gebracht hatte. Die Atmosphäre in Lithang war unmittelbar nach dem Vorfall äußerst angespannt und gibt auch weiterhin Anlass zur Sorge.

Berichten zufolge ist es zu weiteren Verhaftungen gekommen. Die Sicherheitskräfte wurden mit Polizei und Militär außerhalb Lithangs (Chinesisch: Litang) aus Kardze (Chinesisch: Ganzi), Autonome Präfektur, verstärkt. Verschiedenen Meldungen zufolge waren viele Tibeter zusammen gekommen, um gegen die Verhaftung Adaks zu protestieren, so dass die Polizei Warnschüsse abgab, um die Menge auseinander zu treiben. Auf Fotos ist ferner der Einsatz von Tränengas zu erkennen. Mehrere Tibeter haben im Gespräch mit der Polizei und Beamten aus Kardze um die Freilassung Runggye Adaks gebeten.

Der 53-jährige Adak hatte die Bühne kurz vor dem offiziellen Beginn des jährlichen Pferderennens betreten, das als eine bedeutende Feierlichkeit Tausende von Menschen anlockt. Verschiedenen Berichten zufolge hatte Adak zunächst dem rangältesten Lama des Klosters Lithang auf der Bühne eine Khatak (tibetischer Glücksschal) überreicht und dann über die Veranstaltungslautsprecher die Rückkehr des Dalai Lama nach Tibet, die Freilassung des Panchen Lama,



Runggye Adak, vor seiner Festnahme am 1. August 2007. Foto: Tibetische Exilregierung.

Gendun Choekyi Nyima (gegenwärtig in chinesischem Gewahrsam), und Tenzin Delek Rinpoche, eines respektierten Lamas, gefordert. Adak sprach sich ferner für Religionsfreiheit aus und rief die örtlichen Tibeter dazu auf, sich nicht aufgrund von Land- und Wasserangelegenheiten gegenseitig zu bekämpfen – ein Hinweis auf Auseinandersetzungen, die unlängst nach einer behördlich angeordneten Landteilung unter tibetischen Nomaden aufgekommen waren.

Laut einer Quelle versuchte eine Gruppe von Tibetern mit der Polizei zu verhandeln, als diese Runggye Adak von der Bühne holte. Ein Bericht des

Tibetan Center for Human Rights and Democracy gibt an, dass Runggye Adak vor seiner Festnahme einen tibetischen Mönch öffentlich kritisiert habe, der an der „Kampagne für patriotische Erziehung“ im Lithang-Kloster beteiligt sei und offensichtlich Kritik am



Chinesische Sicherheitskräfte in Lithang.

Dalai Lama geübt habe. Auch diese Äußerung sei von der Menge unterstützt worden. ICT liegen Informationen vor, dass die chinesischen Behörden Mönche im Kloster Lithang seit einiger Zeit unter Druck setzen, ein Schriftstück zu unterschreiben, in dem die Rückkehr des Dalai Lama nach Tibet abgelehnt werde. Radio Free Asia berichtete am 1. August, dass nach diesem Vorfall 20 weitere Tibeter in Gewahrsam genommen wurden. Der Vorfall belege deutlich den Mangel an Meinungsfreiheit in Tibet, aber auch den Grad der Unzufriedenheit in Tibet und den fehlenden Willen der chinesischen Behörden, konstruktiv mit Kritik an sozialen Missständen in Tibet umzugehen, äußerte sich ICT infolge des Vorfalls.



IN DIESER AUSGABE

- Seite 2.....Sechste Dialogrunde zwischen Tibetern und Chinesen
- Seite 2.....Chinesische Behörden wollen tibetische Lamas selbst einsetzen
- Seite 3.....Neue Informationen über Hochsicherheitsgefängnis
- Seite 4.....Nachrichten in Kürze

INTERNATIONAL
CAMPAIGN
FOR TIBET
Deutschland e.V.

ICT Deutschland
Schönhauser Allee 163
10435 Berlin
Tel.: +49(0)30 2787 9086
Fax: +49(0)30 2787 9087
info@savetibet.de
www.savetibet.de

*“Wir wollen keine
Unabhängigkeit...
Kern unserer
Forderungen ist
der Schutz unserer
Identität”*

- Lodi G. Gyari,

*Sondergesandter des Dalai
Lama*

SECHSTE DIALOGRUNDE ZWISCHEN TIBETERN UND CHINESEN

Die Gesandten des Dalai Lama, Lodi G. Gyari und Kelsang Gyaltzen, haben sich vom 29. Juni bis zum 5. Juli 2007 zu Gesprächen in der Volksrepublik China aufgehalten. Die neuerliche Gesprächsrunde mit Vertretern der chinesischen Staatsführung ist die sechste in einer Reihe von Gesprächen hinter verschlossenen Türen. Zuletzt war Besorgnis über den weiteren Fortgang der Gespräche aufgekommen, da zuvor seit Februar 2006 kein weiteres Zusammentreffen zwischen Tibetern und Chinesen zustande gekommen war. Mit den Dialogbemühungen wird die Hoffnung auf eine friedliche und konstruktive Lösung der Tibetfrage ver-



Die sechste Gesprächsrunde zwischen Tibetern und Chinesen fand in Shanghai und Nanjing statt. Foto: Tibetische Exilregierung.

bunden. Shanghai und Nanjing waren Schauplatz von insgesamt drei Arbeitssitzungen, die an anderthalb Tagen abgehalten wurden. Von chinesischer Seite nahmen Vizeminister Zhu Weiqun von der Zentralen Einheitsfront der Kommunistischen Partei Chinas und Vizeminister Sithar an den Gesprächen teil.

In einer offiziellen Verlautbarung vom 7. Juli wies Lodi Gyari darauf hin, dass die Gespräche “offen und direkt” geführt worden seien. Beide Seiten hätten mit Nachdruck auf ihre unterschiedlichen Positionen in Bezug auf eine ganze Reihe von Diskussionspunkten hingewiesen, heißt es in der Stellungnahme weiter. Gyari verweist zudem darauf, dass die Tibeter nunmehr substantielle Vorschläge für die Fortführung der Dialogbemühungen auf den Tisch gelegt hätten. Unmittelbar nach ihrer Rückkehr aus der Volksrepublik hat die tibetische Seite dem Dalai Lama und dem tibetischen Premierminister über die Gespräche berichtet. Wie auch in Stellungnahmen zuvor hat sie darauf hingewiesen, dass die Dialogbemühungen eine “kritische Phase” erreicht hätten. In einer ICT-Veranstaltung aus Anlass

des Dalai Lama-Besuches in Hamburg am 20. Juli unterstrich Kelsang Gyaltzen die Erwartungen der tibetischen Seite in Hinblick auf substantielle Schritte der Chinesen im Rahmen der Dialogbemühungen.



ICT-BERICHT: BEHÖRDEN WOLLEN TIBETISCHE LAMAS SELBST EINSETZEN

Die chinesischen Behörden wollen zukünftig über die Anerkennung von reinkarnierten tibetischen Lamas selbst entscheiden. Dies geht aus neuen Vorschriften über die Religionsausübung in China hervor, wie ICT in einem neuen Bericht hinweist. Die neuen Verwaltungsvorschriften sollen am 1. September in Kraft treten und regeln ausschließlich den landesweiten Umgang mit „lebenden Buddhas des tibetischen Buddhismus“. Mit den Vorschriften beanspruche die Zentralregierung jetzt auch außerhalb der Tibetischen Autonomen Region (TAR) das alleinige Recht, über die Einsetzung buddhistischer Würdenträger zu entscheiden und verschärfe zudem bereits bestehende repressive Gesetze über die Religionsausübung in der TAR, heißt es in dem Bericht.

Die Vorschriften seien bemerkenswert, weil sie im Detail das Prozedere der Anerkennung einer Reinkarnation regeln wollen, was seit Jahrhunderten



Ein tibetischer Cham-Tänzer während einer rituellen Beschwörung von buddhistischen Schutzgöttern. Foto: ICT.

alleinige Praxis der verschiedenen Glaubensschulen des tibetischen Buddhismus ist. „Diese neuen Regelungen greifen den Kern tibetischer Identität an. Sie führen nur zu weiterem Unmut und können auch nicht den Mangel an Legitimität der KP Chinas verdecken, in Glaubensfragen zu handeln“, äußert sich der Sondergesandte des 14. Dalai Lama, Lodi G. Gyari, kritisch im ICT-Bericht. Mit diesen Maßnahmen strebt die chinesische Staatsführung gezielt eine weitere Schwächung der Autorität anerkannter Glaubensführer des tibetischen Buddhismus an, heißt es weiter.

Die Vorschriften waren bereits am 13. Juli 2007 von der „Staatlichen Verwaltung religiöser Angelegenheiten“ verabschiedet worden und knüpfen an Vorschriften an, die schon Anfang des Jahres in der TAR in Kraft getreten waren. Seit Ende 2006 sind daneben immer wieder Vorfälle bekannt geworden, bei denen die Behörden in Tibet durch Verbote massiv in die freie Religionsausübung eingegriffen haben. Im April dieses Jahres jährte sich der Geburtstag des tibetischen Panchen Lama, der 1995 von den chinesischen Behörden entführt worden war, zum 18. Mal. Noch immer wird jeglicher unabhängiger Zugang zu ihm verweigert. Der Bericht „New measures on reincarnation reveal Party's objectives of political control“ vom 15. August 2007 kann auf folgender Internetseite eingesehen werden (darin auch eine englische Übersetzung der Vorschriften): <http://www.savetibet.org/news/newsitem.php?id=1159>.



NEUE INFORMATIONEN ÜBER HOCHSICHERHEITSGEFÄNGNIS

2005 ist unweit Lhasa ein neues Hochsicherheitsgefängnis in Betrieb genommen worden. Der ehemalige tibetische politische Gefangene Sonam Dorjee berichtet gegenüber ICT nach elf Jahren Haft von den Bedingungen in der Anlage von Chushul (ch. Qushui), in der er einen Teil seiner Gefängnisstrafe absolviert hat. Der 38-jährige Dorjee war zusammen mit vier weiteren tibetischen Bauern im Jahre 1992 infolge von friedlichen Protesten inhaftiert und nach eigener Aussage gefoltert worden. Die Behörden hatten ihn für „konterrevolutionäre Propaganda“ verantwortlich gemacht. Ende 2005 hatte auch der UN-Sonderberichterstatter für Folter, Dr. Manfred Nowak, nach einem Besuch in Chushul über das neue Hochsicherheitsgefängnis für „besonders schwere Verbrechen“ berichtet.

Sonam Dorjee, der vor seiner Verlegung einen Teil seiner Haftstrafe im Gutsa- und im Drapchi-Gefängnis verbüßt hatte, bezeichnet Chushul mit seinen bis zu 300 männlichen Gefangenen als das Gefängnis mit den schärfsten Bedingungen. Die Sicherheitsvorkehrungen seien dort besonders streng, was sich z.B. darin äußere, dass alle Zimmer mit einer Videoüberwachung und Tonbandgerät ausgestattet seien. Laut seinen Angaben sind die Inhaftierten in Chushul in drei Kategorien aufgeteilt: politische Gefangene, die als besonders unnachgiebig und „reformresistent“ gelten, dürften üblicherweise gar

keinen Besuch empfangen und würden in Einzelhaft gehalten. Zudem seien sie dort oftmals gefesselt. Eine zweite Gruppe von Häftlingen, zu denen Sonam Dorjee zählte, dürfe einmal täglich für fünf Minuten ihre Zelle verlassen. Bei Familienbesuchen dürften sie lediglich fünf Minuten mit ihren Angehörigen über ein Telefon sprechen und 1 kg Obst und Speisen annehmen. Die letzte Gruppe bestehe aus solchen Gefangenen, die den Anweisungen der Gefängnisleitung Folge leisteten und damit als „umerzogen“ gelten. Sie würden den anderen gegenüber bevorzugt und verfügten etwa bei einem Verwandtenbesuch über eine halbe Stunde Zeit.

Obwohl der Tagessatz pro Häftling fünf Yuan betrage, sei die Verpflegung im Gefängnis weniger als zwei Yuan wert. Die verbleibenden drei Yuan gingen als Belohnung an diejenige Aufseher, die besonders hart mit den Häftlingen umgingen. Aufgrund der minderwertigen Kost und der kalten Zellen litten die meisten Häftlinge unter Nieren- und Magenbeschwerden. Auf die wiederholte Bitte um nahrhaftes Essen und medizinische Versorgung hin seien Häftlinge aufgefordert worden, sich vom Dalai Lama zumindest politisch loszusagen. Außerdem wird berichtet, dass das Ausüben von Religionspraktiken hart bestraft werde, was mit den Berichten des UN-Sonderberichterstatters für Folter aus dem Jahre 2005 übereinstimmt. Im Nowak-Bericht wird ein „greifbares Klima von Angst und Selbstzensur“ beschrieben, das in dem Gefängnis vorherrsche. Am 29. Juli 2005 war Sonam Dorjee entlassen worden. Er nutzte einen aus medizinischen Gründen genehmigten Freigang, um nach Indien zu fliehen.



Tibet-Briefing

Informationsblätter der International Campaign for Tibet Deutschland e.V. (ICT), Nr.2, August 2007.

International Campaign for Tibet Deutschland
Schönhauser Allee 163, 10435 Berlin.

Redaktion: Kai Müller (V.i.S.d.P.), Yeshi

Ngingthatshang. © ICT. Redaktionsschluss: 20.
August 2007.

NACHRICHTEN IN KÜRZE: FÜHRUNG DER TAR - ABSCHIEBUNG - OLYMPIA-PROTESTE

Tibeter aus Führungsgremien der TAR entfernt - Nangpa-Vorfall Entlassungsgrund für hochrangigen Militär?

Die chinesische Führung habe unlängst Dutzende Tibeter aus der Regionalverwaltung der Tibetischen Autonomen Region (TAR) entfernt, berichtet die Nachrichtenagentur ap am 10. August mit Berufung auf Berichte des Hong Kong Centre for Human Rights and Democracy. Grund hierfür sei offenbar die mangelnde Loyalität tibetischer Beamter, die sich nicht oder nicht deutlich genug von der Person des Dalai Lama distanzieren, heißt es in dem Bericht weiter. So seien Parteisekretäre in 54 der 74 Landkreise in der TAR ersetzt und insgesamt über einen Zeitraum von drei Jahren 853 Freiwillige aus 17 Provinzen der Volksrepublik China angeworben worden, um offizielle Positionen in Partei und Verwaltung einzunehmen. Freiwillige erhielten von den Behörden großzügige Zulagen, um eine Umsiedlung nach Tibet besonders attraktiv zu machen.

In einer weiteren Meldung vom 7. August hatte ap von der Entlassung des Generalleutnants der Volksbefreiungsarmee Meng Jinxi berichtet. Meng war stellvertretender Kommandeur des Armeestützpunktes in Chengdu und zuständig für die TAR. Nach Aussage des Hong Kong Centre for Human Rights and Democracy sei Meng wegen des Nangpa-Vorfalles, bei dem im September letzten Jahres mindestens eine Tibeterin von chinesischen Behörden erschossen worden war, innerhalb der chinesischen Führung scharf kritisiert worden. Andere Quellen sehen seine Entlassung jedoch auch in Verbindung zum bevorstehenden Parteikongress der KPCh im Oktober diesen Jahres.



Tibeter aus Nepal abgeschoben

In einem Bericht vom 3. August schildert ICT die Abschiebung eines Tibeters aus Nepal nach Tibet. Der 23-jährige Tsering Wangchen sei entgegen gegenüber dem tibetischen Flüchtlingsaufnahmezentrum in Kathmandu erfolgten Zusicherungen den chinesischen Behörden an der tibetisch-nepalesischen Grenze übergeben worden. ICT ist in Sorge, dass Wangchen politische Verfolgung zu erwarten hat und hat die nepalesischen Behörden für ihr Vorgehen scharf kritisiert. Es handelt sich bei dem Vorfall um den seit 2003 ersten Fall einer offiziellen Abschiebung nach

Tibet. In Nepal leben rund 20000 Tibeter. Pro Jahr nutzen ca. 3000 Tibeter das Himalaja-Königreich als Fluchtroute nach Indien. Die Volksrepublik China hat sich wiederholt kritisch über die tibetischen Flüchtlinge in Nepal geäußert und die Regierung in Kathmandu aufgefordert, keine "chinafeindlichen Aktivitäten" auf ihrem Territorium zu dulden.



Hungerstreik

14 Tibeter haben nach einem eindringlichen Appell des Dalai Lama am 9. August ihren 33 Tage währenden Hungerstreik in Indiens Hauptstadt Delhi beendet. Die Aktivisten der Bewegung "People's Movement" hatten mit ihrer Aktion gegen die andauernden Menschenrechtsverletzungen in Tibet protestiert und vom IOC konkrete Belege für eine Verbesserung der Lage in Tibet verlangt. Der Dalai Lama hatte den 14 Tibetern, darunter ein 75 Jahre alter Mann, zuvor in einem Schreiben seinen Respekt ausgedrückt, sie allerdings zur sofortigen Beendigung der Aktion aufgefordert, weil "weitere tibetische Opfer China kaum zum Einlenken bewegen" würden, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters am 7. August.



Olympia-Protest

Tibet-Aktivisten haben am 7. August, unmittelbar vor den Count-Down-Festlichkeiten zur Olympiade in Peking, mit einer Protestaktion an der Chinesischen Mauer auf die Besetzung Tibets und die schlechte Menschenrechtslage in Tibet hingewiesen. Sechs Aktivisten aus den Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien sind infolge der Aktion verhaftet worden, nachdem sie ein etwa 40 m² großes Transparent mit dem Schriftzug „One World, One Dream, Free Tibet 2008“ auf Englisch und Chinesisch entrollt hatten. Die Mitglieder der Organisation "Students for a Free Tibet" wurden kurz darauf wieder entlassen und in ihre Herkunftsländer ausgewiesen.



Hinweis: Internetseite der Vertretung des Dalai Lama und der tibetischen Exilregierung in Zentral- und Osteuropa: www.tibetoffice.ch.